

20 Sekunden

Frankreich lockert

PARIS. Frankreichs Premier Jean Castex hat die Menschen im Land auf etappenweise Lockerungen eingeschworen. Ab morgen darf zunächst der Einzelhandel wieder öffnen. Auch die Bewegungseinschränkungen für Sport und Spaziergänge werden gelockert. SDA

Fucking ändert Namen

WIEN. Die 100-Einwohner-Gemeinde Fucking in Oberösterreich ist wegen ihres Namens weltweit bekannt. Der Trubel und die mehrmals gestohlenen Ortsschilder haben die Fuckinger nun dazu veranlasst, die Gemeinde ab 1. Januar 2021 in Fugging umzubenennen. ZOM

Straftaten an Tieren

BERN. 2019 sind in der Schweiz 1933 Straftaten an Tieren juristisch beurteilt worden. Das sind 173 Fälle mehr als im Vorjahr. Die Stiftung für das Tier im Recht geht von einer hohen Dunkelziffer aus. 51 Prozent der Fälle betrafen Heimtiere, knapp 32 Prozent Nutztiere. Hunde waren mit Abstand am häufigsten Opfer. SDA

Engere Zusammenarbeit

BERN. Die Schweiz verstärkt die internationale Zusammenarbeit bei den militärischen Kommunikations- und Informationssystemen. Zu diesem Zweck hat sie eine Vereinbarung mit der Nato unterschrieben. SDA

Trotz Drohung – Schweiz lässt

BERN. Die Skipisten schliessen? Sowohl der Bundesrat als auch Schweizer Skigebiete sind klar dagegen.

Deutschland, Frankreich und Italien fordern, dass im Kampf gegen die Pandemie alle europäischen Skigebiete bis zum 10. Januar geschlossen werden. Neben Kanzlerin Angela Merkel haben sich auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte für die Massnahme ausgesprochen. Italien will sogar einen Schritt weitergehen: Es droht damit, die Schweiz auf die Quarantäneliste zu setzen, sollten die Ski-

gebiete weiterhin offen bleiben. Personen, die in der Schweiz waren und nach Italien reisen, müssten nach der Rückkehr zwei Wochen in Quarantäne verbringen. Und das deutsche Bundesland Bayern beschloss gestern, eine Quarantänepflicht für Wintersportler und andere Tagestouristen zu verhängen, die nur kurz ins Ausland reisen. Eine Ausnahmeregelung für Aufenthalte unter 24 Stunden soll nur noch bei Vorliegen triftiger Gründe gelten.

«Die Skigebiete können offen bleiben, mit guten Schutzkonzepten und strikter Umsetzung», bezog Bundesrat Alain Berset gestern klar Stellung zum Streit. Laut dem Gesundheitsminister ist der Bun-

desrat aber besorgt, dass sich Skitouristen in der Schweiz sammeln. Daher sei das Schutzkonzept zentral: Wenn die Schweiz keine guten Massnah-

men habe, könne es auch bei uns sehr schnell sehr schlimm werden, das wisse der Bundesrat aus der ersten Welle.

Bei den Schweizer Bergkan-



Die Drohung Italiens kommt bei Schweizer Skigebieten nicht gut an –

«Der Vergleich mit Ischgl ist ungerecht»



Daniel Koch (65). N. PONT/TAMEDIA AG

BERN. Die Forderung der Nachbarn kann Daniel Koch zwar nachvollziehen. Für den ehemaligen Mr. Corona wäre es aber seltsam, wenn alle das Gleiche machen müssten. Die Situation sei in den Ländern unterschiedlich: «Wir sagen Frankreich und Italien ja auch nicht, die Tour de France oder der Giro gehe nicht.» Auch vor einem zweiten Ischgl, das während der ersten Welle zum Hotspot wurde, hat Koch keine Angst: «Der Vergleich ist ungerecht. Wir haben viel gelernt darüber, wie man sich schützen kann.» DAW/DK

Flüchtlingsfamilie reisst Loch in Zürcher Gemeindekasse

ZÜRICH. Über 1,3 Millionen Franken musste eine Gemeinde für eine Familie bereits zahlen.

170 000 Franken für Sozialhilfe, bis 85 000 Franken Wohnungskosten, 11 000 Franken für Zahnarztrechnungen, 10 500 Franken für den Alphabetisierungskurs, 53 000 Franken für die von der Kesb angeordnete sozialpädagogische Familienbegleitung, 75 000 Franken fürs Frauenhaus, 855 000 Franken für prognostizierte Kosten für zwei Jahre im Heim – die Anwesenheit

einer Familie, die vor fünf Jahren in die Schweiz gekommen ist, beläuft sich bislang auf rund 1,37 Millionen Franken. Das zeigen Akten, die 20 Minuten vorliegen. Das Paar wurde damals einer grösseren Zürcher Gemeinde zugeteilt, in den folgenden vier Jahren kamen drei Kinder zu Welt. Die Beziehung der Eltern ging aber in die Brüche, die Situation eskalierte gar. Weil aufgrund häuslicher Gewalt für die Eltern separate Wohnungen gemietet werden mussten, entstanden mindestens 80 000 Franken Mietkosten. Und nach einer erneuten Eskalation musste die Frau ins

Frauenhaus, sie benötigte eine enge Betreuung – alle drei Kinder sind mittlerweile verbeiständet.

Laut der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) fallen jeweils sehr hohe Kosten an, wenn Kinder gefährdet sind. «Wir wollen natürlich nicht, dass Kinder auf der Strasse leben oder misshandelt werden», sagt Geschäftsführer Markus Kaufmann. Die Gemeinde bekomme vom Bund in den ersten fünf bis sieben Jahren eine Pauschale von 1500 Franken pro Person und Monat. Das reicht in diesem Fall aber bei weitem nicht, um die Kosten abzufedern. «Das Haupt-

problem ist, dass eine Gemeinde, die die Familie beherbergt, eigentlich für die gesamten Kosten aufkommen muss. Wenn es ein Gesundheitsfall wäre, etwa eine Krebserkrankung, dann hätten wir in der Schweiz dafür eine Versicherung», erklärt Kaufmann.

Die betroffene Gemeinde wollte den Fall aus Datenschutzgründen nicht kommentieren. ZOM

LEBST DU IN ARMUT?

Hier findest du Hilfe für dich und andere:
Winterhilfe.ch
Caritas.ch
Tischlein.ch, Lebensmittelhilfe



Das Video zur Geschichte sehen Sie zuerst auf unserem neuen News-Format 20 Minuten NOW!, das die wichtigsten News schnell und kompakt präsentiert.